

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Dez. 48/Jan. 49

Nr. 39/40

Preis S 2,-

DEM GEDENKEN VON LENIN-LIEBKNECHT-LUXEMBURG

Von allen Revolutionen steht uns diejenige von 1917-23 am nächsten, und das sowohl zeitlich als auch unserem ganzen Fühlen und Denken nach: wir alle wurzeln politisch in ihr. Trotz der ungeheuren Geschehnisse seither, die im zweiten imperialistischen Krieg gipfelten, wird letzten Endes die Weltlage auch heute noch durch den Ausgang dieser Revolution bestimmt, deren beide Pole durch den Sieg der russischen und die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und im Zusammenhang damit - soweit Einzelpersonen im Kampfe der Massen eine Rolle spielen - durch die Namen Lenin-Trotsky und Liebknecht-Luxemburg gekennzeichnet sind. Seit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind nun in diesem Monat dreißig Jahre verflossen, seit dem Tode Lenins fünf- undzwanzig Jahre. Den Kampf und die Leistung dieser drei großen

Revolutionäre würdig darzustellen, ist in dem durch den beschränkten Umfang unseres Blattes gesteckten Rahmen nicht möglich; es ist nicht unsere Absicht, den vielen Gedenkartikeln, die im Laufe der Jahre geschrieben worden sind, noch einen hinzuzufügen. Es kommt ja nicht auf die Worte an. Wir wollen uns nur erinnern, welches Vermächtnis Lenin-Liebknecht-

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
♦ Inhalt dieser Nummer: ♦

- ♦ Dem Gedenken von Lenin-Liebknecht-Luxemburg ♦
 - ♦ Die Krise in der SPÖ ♦
 - ♦ Zur internationalen Lage ♦
 - ♦ Eine notwendige Abgrenzung ♦
- XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Luxemburg der Arbeiterklasse hinterlassen haben und was von diesem Vermächtnis noch unerfüllt ist: Die Aufgabe, die der Revolution von 1917-23 gestellt war, ist bis jetzt ungelöst geblieben.

Die Beschränkung des revolutionären Sieges auf das Territorium eines zurückgebliebenen Landes hat Bedingungen geschaffen, unter denen die ganze Menschheit leidet und die zu ändern die Arbeiterklasse bis heute nicht imstande war. Sie hat zu einer neuerlichen sozialen Differenzierung der Sowjetgesellschaft geführt. Die russische Arbeiterklasse, die als erste den Weg zum Sozialismus beschritten, ward zu großen Rückzügen gezwungen und erlitt selbst schwere Niederlagen. Die Sowjetbürokratie wurde aus einem dienen-

den Organ der Sowjetgesellschaft zu deren kommandierenden Schicht. Die proletarische Demokratie wurde zugleich mit der Partei zerstört, die sie geschaffen hatte. Das hatte die Degeneration und den schließlichen Zusammenbruch der III. Internationale und damit die bis heute andauernde Führungskrise des Weltproletariats zur Folge.

Unsere kurze Skizze zeigt, wo der Ausweg aus dem Chaos des Imperialismus liegt: im neuerlichen Vormarsch, in der Verbreiterung, im internationalen Durchbruch der proletarischen Revolution. Was können wir dabei von Lenin-Liebnecht-Luxemburg lernen? Lenin hat uns nicht nur das Beispiel kühner revolutionärer Initiative gegeben, sondern er hat vor allem gezeigt, was allein den Sieg der Arbeiter verbürgt: das Vorhandensein einer allen Anforderungen des Kampfes gewachsenen revolutionären Klassenpartei! Der Kampf um diese Partei ist schwer - und heute schwerer denn je. Bevor wir die Bourgeoisie stürzen können, müssen wir zuerst den Einfluß der Feinde der Revolution in den Reihen der Arbeiterklasse selbst brechen. Diese Feinde machen unsere Sache verächtlich, verleumden sie, kämpfen aktiv gegen sie an. Wir sind noch eine kleine Minderheit und schwimmen gegen den Strom. Die Aufgabe, die wir uns freiwillig stellen, verlangt Standhaftigkeit, Standhaftigkeit und nochmals Standhaftigkeit. Die Treue zum revolutionären Programm wird schlecht bezahlt. Karl Liebnecht und Rosa Luxemburg haben die Treue zur proletarischen Sache mit ihrem Leben besiegelt und uns damit ein Beispiel revolutionärer Unbeugsamkeit und Standhaftigkeit gegeben.

Wenn wir uns oben gefragt haben, welches Vermächtnis uns Lenin-Liebnecht-Luxemburg hinterlassen haben und was von ihm noch unerfüllt ist, dann können wir nur wiederholen: die Aufgabe, die der Revolution von 1917-23 gestellt war, ist bis jetzt ungelöst geblieben. Sie zu lösen, indem wir die internationale Revolution zum Siegesführen, darin besteht das Vermächtnis der drei großen Revolutionäre. Es zu erfüllen, ist die Aufgabe der IV. Internationale.

-x-

D I E K R I S E I N D E R S P Ö

Czernetz contra Scharf

"Die Akkumulation des Kapitals auf dem einen Pol hat zur Folge die Akkumulation des Elends, der Leiden, der Sklaverei, der Unwissenheit, der Brutalität, der geistigen Entwürdigung auf dem entgegengesetzten Pol, d.h. auf der Seite jener Klassen, deren Produkt die Form von Kapital annimmt" - diese Marx'sche "Verelendungstheorie" war vor dem ersten Weltkrieg das Hauptangriffsziel des Revisionismus, dieser der Epoche der höchsten Entwicklung des Kapitalismus entspringenden und durch die Überprofite des Imperialismus genährten opportunistischen Strömung der II. Internationale. Die Bourgeoisie konnte sich damals noch ausgedehnte Reformen und vor allem ansehnliche Pfründen für die Arbeiteraristokratie leisten. Seit dem ersten Weltkrieg hat sich jedoch die Anhäufung von Elend, Leiden, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalität und geistiger Entwürdigung auf Seiten der ausgebeuteten Massen gigantisch vermehrt. Das sind Mahnzeichen des niedergehenden Kapitalismus, der längst mit der Revolution schwanger geht.

Trotz dieser augenfälligen Tatsachen kommt Czernetz, heute der Theoretiker der SPÖ, zu dem Schluß: "Wir wissen heute, daß die von Marx erkannten Verelendungstendenzen durch die Praxis

der marxistischen Arbeiterbewegung aufgehoben und an ihrer Durchsetzung verhindert worden sind" (+). Die Not des ersten Weltkrieges, der Inflation und Arbeitslosigkeit, des Faschismus und des zweiten Weltkrieges scheint an Czernetz spurlos vorbeigegangen zu sein. Auch der gegenwärtige katastrophale Zustand ganz Europas scheint ihn nicht zu beeindrucken.

Diese seine Äußerung wurde durch Erwin Scharf provoziert, der sich entschieden gegen das von der SP- und Gewerkschaftsbürokratie vertretene Schlagwort von der "Lohn- und Preisschraube" wandte. Diese "Theorie" geht davon aus, daß eine "neue Lohnerhöhung zwangsläufig neue Preiserhöhungen auslösen müßte, welche wieder Lohnerhöhungen und diese wieder Preiserhöhungen nach sich ziehen würden". Indem er sich gegen diese angebliche Zwangsläufigkeit wendet, vertritt Scharf die vollkommen richtige Ansicht, daß solche "Lehrsätze" nur den Zweck haben, "die Arbeiterschaft vom Kampfe um ihre berechtigten Lohnforderungen abzuhalten" (++)). Er stützt sich dabei auf die Broschüre "Lohn, Preis und Profit", in der Marx nachweist, daß eine solche Zwangsläufigkeit keineswegs besteht. Marx schließt allerdings mit der folgenden, jeden Zweifel ausschließenden Erkenntnis, an der bezeichnenderweise sowohl Czernetz als auch Scharf vorbeigehen: "Sie (die Gewerkschaften) verfehlen im allgemeinen ihren Zweck, weil sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuwirken und ihre organisierte Kraft als einen Hebel zur endgültigen Befreiung der arbeitenden Klasse, d.h. der endgültigen Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen".

Die Rolle des Reformismus

Die alten Gewerkschaften zu Zeiten Marx' führten diesen Guerillakrieg gegen das Kapital, d.h. den Tageskampf ohne Zusammenhang mit dem Machtkampf des Proletariats, weil ihnen noch die theoretische Einsicht in diesen Zusammenhang mangelte. Auf neuer Basis, hervorgerufen durch die Bestechung der Arbeiter ~~oberschicht~~ **schicht** durch den Imperialismus, wurde diese Beschränkung auf den Tageskampf durch den Reformismus zum System erhoben. Der Reformismus ist bestrebt, - 1. die Auswirkungen des verwesenden Kapitalismus, die mit seiner zunehmenden Lebensdauer immer schrecklicher werden, abzuschwächen und - 2. die auf dem Rücken der gebändigten Aktivität der Massen erzielten kurzlebigen Reformen als Widerlegung der Marx'schen "Verelendungstheorie" hinzustellen. Die "Schuld" am Weiterbestehen des Kapitalismus und damit an den rapid wachsenden furchtbaren Auswirkungen trage nicht die Zusammenarbeit der SP mit der Bourgeoisie, sondern das "Unverständnis gewisser reaktionärer Kreise" dieser Klasse. Der Reformismus um die Jahrhundertwende mag eine reaktionäre Illusion gewesen sein, der seit 1914 aber ist zynischer Verrat am Proletariat.

Der Kampf um den Mehrwert, um höhere Löhne einerseits und um höhere Profite andererseits, ist der Inhalt des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Das Ergebnis dieses Kampfes wird bestimmt durch das jeweilige Verhältnis der Kräfte beider Klassen. Solange die Bourgeoisie die Staatsmacht in der Hand behält, solange hat sie die Möglichkeit, diesen Kampf letzten Endes für sich zu entscheiden: entweder durch direkte Lohnsenkungen oder durch verschiedene indirekte Methoden, wie z.B. durch Erhöhung der Preise oder der indirekten Steuern. Da sich von Jahr zu Jahr die Möglichkeit von Kompromissen in diesem Kampfe verringert, führt heute

- sehen-----
- (+) "Um die Reinheit der Partei (Der Fall Scharf), Informationsmaterial für Referenten (November 1948)", Seite 21/22
- (++) "Ich darf nicht schweigen", 1. Auflage, Seite 76/77

schon jeder größere Lohnkampf direkt an die Machtfrage heran.

Seit 1945 hat sich die wirkliche Zwangsläufigkeit der Koalitionspolitik in einem noch nie dagewesenen raschen Tempo gezeigt: Die bürgerliche Macht wurde 1945 abermals durch die Klassenzusammenarbeit (diesmal Konzentration ÖVP-SPÖ-KPÖ) gerettet. Heute ist der österreichische Kapitalismus durch die unerhörten Opfer des Proletariats wiederhergestellt. Die Rolle aber, die die SP-Bürokratie dabei spielte und spielt, ist die Quelle aller im Rahmen der SP opponierenden Strömungen, ist die Quelle der latenten Krise in der SP. Diese dem Widerspruch zwischen der opportunistischen Politik der SP und den historischen Interessen des Proletariats entspringende Krise kann ebensowenig "geheilt" werden, wie etwa der Kapitalismus reformiert werden kann. Die einzige Lösung besteht darin: Die Politik der Klassenzusammenarbeit muß von revolutionären Klassenkampf abgelöst werden.

Von diesem Gesichtspunkt aus wollen wir die einzelnen oppositionellen Gruppierungen innerhalb der SP untersuchen und den Weg, der allein sie nach vorwärts bringen kann, aufzeigen.

Bürokratische Meinungsverschiedenheiten...

Schon im August kündigte der Salto Böhm's Differenzen zwischen der Partei und der Gewerkschaftsbürokratie an. Am 26.8.48 noch lehnten Böhm und die "Arbeiter-Zeitung" vereint und hartnäckig jede Lohnerhöhung ab - drei Tage später stellte die Führung der SP und ihrer Gewerkschaftsfraktion neue Lohnforderungen auf (+) Es besteht kein Zweifel darüber, daß die "Initiative" dazu von der Gewerkschaftsbürokratie ausging. Sie war für eine beschränkte Erhöhung der Löhne, während die Parteibürokratie die "Preissenkungsaktion der Regierung" verteidigte. Welchen Hintergrund haben diese Meinungsverschiedenheiten hinter Polstertüren?

Die Bourgeoisie hatte den ersten Lohn-Preis-Pakt (Juli 1947) vom Anbeginn nicht eingehalten und steigerte laufend die Preise. Als dann im vergangenen Sommer die Lebenshaltungskosten durch die faktische Legalisierung des grauen Marktes unerträglich wurden und als sich diese Lage durch einen wachsenden Druck der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften, dem sich die Stalinpartei anschloß, ausdrückte - da mußte sich die SP-Bürokratie auf Drängen der Führer ihrer Gewerkschaftsfraktion zu einer taktischen Wendung bequemen. Es war eine typisch reformistische "Wendung".

Die drei Forderungen der Schärf & Böhm, die dann zum zweiten Lohn-Preis-Pakt führten, lauteten: - 1. Preissenkungen; - 2. Lohnerhöhungen zum Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten; - 3. dieser Ausgleich darf weder durch Preissteigerungen noch durch Steuermanipulationen aufgehoben werden. - Und was brachte der Pakt wirklich? Nichts Neues! Die Löhne hinkten wieder den Lebenshaltungskosten nach und die Preis"überwachung" wurde weiterhin der staatlichen Bürokratie überlassen. An die GLEITENDE LOHNSKALA und an die KONTROLLE DER PRODUKTION UND VERTEILUNG DURCH DIE BETRIEBSRÄTE UND GEWERKSCHAFTEN denken die Böhm & Co. nicht in Traume. Sie aber wären die einzige wirksame Sicherung der dritten Forderung gewesen.

...und ihre Ursachen.

Die "Opposition" der Gewerkschaftsbürokratie gegen die "Staatspolitik" der Parteibürokratie hat sich seither vertieft. Mantler und Hillegeist ergriffen schon wiederholt für sie das Wort. In der "Zukunft" wurde versucht, sie theoretisch zu begründen (++). Diese

(+) Ein Vergleich der "A.Z." vom 26.8. und 29.8.48 lohnt sich!

(++) Siehe den Artikel "Zum Problem der Parteiopposition" von Hans Müller in der "Zukunft" Nr. 11 vom November 1948.

Differenzen spiegelten sich auch auf dem Parteitag der SPÖ (November 1948) wider: Hillegeist und Mantler wurden nicht mehr in die Parteivertretung genommen. Die drohende Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes wird diese Differenzen im Lager der SP möglicherweise noch verstärken.

Es ist klar, daß es sich hier um faktische Differenzen unter Bürokraten handelt. Die Böhm & Co. wünschen beileibe keinen proletarischen Klassenkampf. Sie fürchten die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen ebenso sehr wie die Schürf & Co. Doch dürfen die Gründe dieser Differenzen nicht ignoriert werden: Die Auflehnung der Arbeiter gegen die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der SP. Ihr Druck wirkt sich auf die Mantler & Co. viel unmittelbarer aus als auf die Parteibürokratie, weshalb sie genötigt sind, gegen die rückhaltlose Zusammenarbeit mit der ÖVP Stellung zu nehmen. Ihre "Opposition" beweist, daß das Geheimnis des vielgepriesenen "österreichischen Wunders" (dieses erfolgreichen kapitalistischen Wiederaufbaues in kurzer Zeit) in nichts anderem besteht als in der SP-Politik des "sozialen Friedens", der die Bourgeoisie fett machte, die Arbeiter aber auf ihrem Hungerniveau festhielt. Die "Opposition" der Mantler & Hillegeist spiegelt nur ihre Sorgen vor der Zukunft, vor einer kommenden Belebung des proletarischen Klassenkampfes wider. In diesem Sinne handelt es sich bei der "Gewerkschafts-Opposition" um ernste Differenzen, die, falls sie sich entwickeln, für die Perspektiven der revolutionären Tätigkeit in den Betrieben von großer Bedeutung sein werden.

Die Jugend in der SPÖ

Wir haben uns im Juni mit den Problemen, vor welchen die SJ und die Sozialistischen Studenten stehen, eingehend befaßt. Unsere Einschätzung der beiden Organisationen hat sich seither bestätigt. Je weiter nach rechts die Führung der SP geht, desto mehr werden die vorgeschrittenen Teile ihrer Basis nach links getrieben. Zu gleicher Zeit muß aber auch die Differenzierung und Kristallisation unter den mehr oder weniger linken Strömungen fortschreiten. So sind z.B. die Entwicklungstendenzen der führenden Kerne der SJ und der Sozialistischen Studenten in den letzten Monaten noch klarer zum Ausdruck gekommen.

Die Sozialistischen Studenten waren die einzigen, die auf dem letzten Parteitag mit einer oppositionellen politischen Resolution hervorgetreten sind. Ihre Stellung in der Frage der Koalitionspolitik ist zwar noch sehr unklar, doch ihre Resolution und ihr mutiges Auftreten gegen die Parteibürokratie zeigen, daß sie ernstlich den Weg nach links suchen.

Die eigentliche Organisation der SP-Jugend ist jedoch die SJ. Sie hat in den letzten Monaten dreimal Gelegenheit gehabt, ihre politische Linie zu überprüfen bzw. sich aktiv in die Politik der Partei einzuschalten: bei der Debatte über das Bundesheer; anlässlich des Beschlusses des Jugendschutzgesetzes im Parlament; auf dem SP-Parteitag. Das Verhalten ihrer Führung bei diesen Anlässen ließ deren wirkliche Linie klar hervortreten.

Im Mai-Juni wurde in der SJ die Frage des Bundesheeres diskutiert. Dabei wurden sehr stark voneinander abweichende grundsätzliche Einstellungen sichtbar. Der Verbandssekretär Blau führte den rechten Flügel und der Verbandsobmann Strasser scheint sich in der "Mitte" zu halten. Hindels, zweiter Obmann und Schulungsreferent, vertrat den linken Flügel. Seine grundsätzliche Einstellung zu dieser Frage ist im wesentlichen richtig: die Arbeiterklasse darf vor der Verwirklichung des Sozialismus nicht pazifistisch sein; der Geist jedes Heeres wird weitgehend vom Offizierskorps bestimmt; ein österreichisches Bundesheer kann nur eine bürgerliche Waffe

im Klassenkampf sein. Doch seine Ansicht, daß die Garantie der Großmächte und die strikteste Neutralität der österreichischen Außenpolitik der "einzig mögliche Schutz unserer Grenzen" sei, wird nicht nur durch die aufdringliche Tatsache des Gegensatzes Weltimperialismus-Sowjetunion von selbst widerlegt, sondern sie verrät auch den Reformisten Hindels, der trotz aller Worte letzten Endes doch auf die revolutionäre Kampfkraft des Weltproletariats, d.h. also auf den Sozialismus verzichtet.

Der Verbandsvorstand hat diese Diskussion mit einer Kompromiß-Resolution abgeschlossen. Daß sich die Parteivertretung kurzweg über die laufenden Diskussionen hinweggesetzt und durch ihre Zustimmung zur Schaffung des Bundesheeres die ganze Partei und vor allem die SJ vor eine vollzogene Tatsache gestellt hatte, nahm der Verbandsvorstand mit einigen zahmen Worten des Protestes zur Kenntnis (+). Der Verbandstag (November 1948) schwieg zu dieser ganzen, für die Arbeiterjugend so überaus wichtigen Frage sogar völlig!

Die Tat entscheidet!

Am 30.6.48 hat der Nationalrat ein neues Jugendschutzgesetz beschlossen. Mit ihm wird zwar die Forderung nach einem 4-Wochen-Urlaub erfüllt, andere wichtige Forderungen der Arbeiterjugend wurden jedoch abgelehnt (Gleichstellung der Landarbeiterjugend und der Hausgehilfinnen mit der Industriearbeiterjugend; gesetzlicher Schutz der Jugendvertrauensbäuerin den Betrieben; 40-Stunden-Woche und 60-stündige Freizeit am Wochenende). Teile der Wiener Arbeiterjugend demonstrierten unter Führung der stalinistischen FÖJ an diesem Tage vor dem Parlament gegen diese "Kürzungen", wobei es zum ersten Handgemenge mit der Polizei seit 1945 kam.

Die Führung der SJ nahm gegen diese Demonstration Stellung. Der Verbandstag lehnte sogar "jede Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen grundsätzlich" ab, Anstatt die SJ in eine gut organisierte außerparlamentarische Aktion für ihre eigenen Forderungen zu führen, rief ihr Strasser durch die "Arbeiter-Zeitung" zu: "Der Kampf geht weiter!". Nur nicht auf die Straße gehen! Grundsätzlich an der Spaltung der Arbeiterjugend festhalten! An diesen schreienden Widerspruch zwischen den Worten und der Praxis ihrer Führung müssen die SJ-Funktionäre denken, wenn sie mit dem Problem, die eigenen Mitglieder und weitere Jugendliche auch nur in die Heimabende zu bringen, fertig werden wollen. Die SJ-Führung sabotiert in Wirklichkeit den Kampf für die Interessen der Arbeiterjugend, wenn sie auf dem "demokratischen Weg" bleibt, d.h. also praktisch jeden Raubzug der Bourgeoisie widerstandslos hin- nimmt. Daran ändert auch die Losung "Gegen die kapitalistische Ausbeutung!" nichts, denn die Tat entscheidet.

Die SJ-Führer gestehen es manchmal selbst ein, daß z.B. ihre eigene Forderung der öffentlichen Lehrwerkstätten selbst nach ihrer Erfüllung wirkungslos bleibt, wenn die Ausbildung nicht von vorn- herein mit einem allgemeinen Wirtschaftsplan koordiniert wird und wenn ihr die Arbeitslosigkeit folgt. Sie sagen es manchmal offen heraus, daß alle Probleme der heutigen Proletarierjugend nur mit den Mitteln der sozialistischen Planwirtschaft gelöst werden können. Wird dabei nicht klar, daß nicht der "Verhandlungsweg", d.h. die dauernde Unterwerfung unter das ÖVP-Diktat, sondern einzig die REVOLUTIONÄRE AKTION GEGEN DIE BOURGEOISIE diese Bedingungen schaf- fen und damit die Zukunft der Arbeiterjugend sichern kann?

Der Parteitag hat der SJ-Führung Gelegenheit geboten, sich gegen die ins Verderben führende Politik der Schärf & Co. aufzu- lehnen. Auf dem kurz vorher stattgefundenen SJ-Verbandstag hätte sie ihre gesamte Organisation darauf vorbereiten können. Nichts

(+) Siehe hierzu die "Stimme der Jugend" Nr. 4/12 vom 16.6.48

dergleichen geschah! Die SJ trat mit keiner oppositionellen Resolution auf und unterstützte nicht einmal die der Sozialistischen Studenten! Diese schwerwiegenden Erfahrungen, die sie selbst innerhalb eines schwachen Jahres gemacht haben, müssen alle ehrlich-linken SJler gründlich durchdenken. Das wird sie auf den richtigen, auf den revolutionären Weg bringen.

"Reformisten und Linksozialisten"

Letzten Herbst hat Hindels in der "Zukunft" eine offene Diskussion mit den "Reformisten" aufgerollt, wobei er seine Linie als "Linksozialismus" bezeichnete. Er wandte sich dabei gegen die "Koalitionsgesinnung" und will die Klassenzusammenarbeit nur unter bestimmten außenpolitischen Situationen zulassen. Die "Beschränkung des Klassenkampfes auf die parlamentarische Tätigkeit" lehnt er ab und tritt für den zeitweiligen "direkten Einsatz der in der Betrieben zusammengeballten Klassenkraft des Proletariats" ein. Er ist der Ansicht, daß man die sozialistische Gesellschaft nicht mit dem alten bürgerlichen Staatsapparat aufbauen könne und daß dieser "ausgeschaltet" werden müsse, indem sich die sozialistischen Minister auch mit sozialistischen Beamten umgeben. Damit vertritt er eine linksreformistische Linie.

In Kreisen von SP-"Linken" wurde schon öfters darüber diskutiert, weshalb sich denn - zum Unterschied von der Zeit nach 1918 - seit 1945 die "linke Konzeption" in der SPÖ nicht durchsetzen konnte, weshalb also die "Rechten" seither das Heft so fest in der Hand haben. Bisweilen geraten die Antworten auf die richtige Spur: Die siegreiche russische Oktoberrevolution hatte damals das gesamte europäische Proletariat in Bewegung versetzt, die Arbeiter beschritten damals auch in Österreich den Weg zur Revolution (auch bei uns gab es Arbeiter- und Soldatenräte!). Erscheint es da nicht als selbstverständlich, daß sich die "linke Konzeption" des Reformismus auf dem Rücken dieser revolutionären Welle verhältnismäßig leicht durchsetzte? Sie setzte sich durch - und hielt das Proletariat vom revolutionären Weg ab, lockte es auf die bürgerlich-legale, auf die parlamentarische Bahn. 1945 wurde, dank der Stalinbürokratie, die Revolutionierung der durch den Krieg aufgewühlten Massen schon im Keime erstickt und die Führung der Arbeiterklasse den rechten "Realpolitikern" in die Hand gespielt. Es kann als sicher angenommen werden, daß die Rechten nur unter Zwang, d.h. nur dann, wenn das Proletariat wieder in stärkere Bewegung gerät, die "Linken" verlassen werden. Der Umstand aber, daß die Frage "Rechts" und "Links" überhaupt im Rahmen der SP angeschnitten werden konnte, weist - zusammen mit dem Auftreten Erwin Scharfs und der "Gewerkschafts-Opposition" - darauf hin, daß wir einer solchen Wiederbelebung der österreichischen Arbeiterbewegung entgegengehen.

Es besteht kein Zweifel mehr, daß es sich Strasser und Hindels zur Aufgabe gemacht haben, das "revolutionäre Gewissen der Partei", d.h. in Wirklichkeit die scheinlinke Deckung der Schärf, Helmer & Co. zu werden (+). In der Praxis bemühen sie sich, der SP den Nachwuchs an Funktionären heranzubilden. Sie haben große Teile der SJ fest in der Hand, erwecken bei diesen politische Hoffnungen und Illusionen. Sie haben jetzt auch die Aufgabe übernommen, alle Jungsozialisten, also auch die über 21 Jahre alten, zu organisieren. Zum Unterschied von der aufrecht-proletarischen Tendenz der Studenten und von der prostalinistischen Erwin Scharfs bemühen sich die Führer der SJ, diese zum linken Flügel des "demokrati-

(+) In der "Zukunft" Nr. 12 vom Dezember 1948 schrieb Hindels über das "Recht auf Kritik". In diesem Artikel wird diese unsere Einschätzung bestätigt.

schen Sozialismus" auszubauen. Vielleicht wird sie die Aktion Erwin Scharfs bei der Bildung einer "Linksopposition" anspornen. Vielleicht wird die Parteiführung eine solche Aktion wohlwollend tolerieren. So widerspruchsvoll, so reformistisch-beschränkt ihre Tendenz auch ist und so verschieden die subjektiven Bestrebungen ihrer einzelnen Elemente auch sein mögen - es wäre objektiv ein Fortschritt, wenn sie sich Bahn bräche! Der offene Fraktionskampf würde die Klärung in der SJ unmittelbar durch praktische Erfahrungen befruchten, würde die Geister viel rascher und gründlicher scheiden!

Vom "Kämpfer" zum "Neuen Vorwärts"

Nachdem Erwin Scharfs Zeitschrift "Der Kämpfer" im Mai 1948 vom Parteivorstand unterdrückt worden war, wurde Scharf selbst im Juni mit einem einjährigen Redeverbot belegt. Daraufhin schrieb er seine Broschüre "Ich darf nicht schweigen" und wurde deshalb prompt aus der SP ausgeschlossen. Mitte November bestätigte der Parteitag diesen Ausschluß gegen die Stimmen zweier Arbeiterdelegierter. Nur Hilde Krones, Scharfs engste Kampfgefährtin, verteidigte auf dem Parteitag offen seine politische Linie. Ihr überraschender Hingang am 16.12. ist für die Scharf-Opposition sicherlich ein schwerer Verlust.

Am 5.12.48 erschien die erste Nummer des "Neuen Vorwärts", des von Scharf herausgegebenen "Wochenblattes für fortschrittliche Sozialisten in Österreich". Dieser Zeitung wird in Arbeiterkreisen ein mehr erwartungsvolles als zustimmendes Interesse entgegengebracht. Scharf hat bisher drei öffentliche Versammlungen abgehalten, von welchen jedenfalls die letzte am 12.12. in Wien ein Erfolg für ihn war. Die SP-Bürokratie versuchte sie zu stören. Ihrer provokatorischen Aufforderung, die Sozialisten mögen demonstrativ den Saal verlassen, folgten nur einige wenige. Die ganze Störaktion endete mit einem kläglichen Fiasko der SP-Bürokratie.

Die schwerwiegenden Anklagen, die Scharf in seiner Broschüre gegen die Schärf, Helmer & Co. erhebt, haben diese bezeichnenderweise bis heute nicht einmal versucht zu widerlegen. Sie werden es auch nicht versuchen. Wenn es auch in diesem Zusammenhang manches über den bürokratischen Sumpf zu sagen gäbe, so beschränken wir uns im Rahmen dieses Artikels dennoch darauf, Scharfs Broschüre und den "Neuen Vorwärts" kurz grundsätzlich zu kritisieren und mit der revolutionären Politik zu konfrontieren. Die Scharf-Gruppierung wird noch öfters Gegenstand unserer Kritik sein.

Die Politik des "Neuen Vorwärts"

Die Politik Scharfs trägt im wesentlichen dieselben linksreformistisch-zentristischen Züge wie jene Hindels'. Scharf schreibt: "Die Bildung einer Regierung, der Vertreter aller Parteien und gegensätzlichen Klassen angehörten, lag im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten jener Zeit (1945). Die geschichtliche Funktion einer derartigen Regierung konnte vom Standpunkt einer sozialistischen Partei nur darin bestehen, Aufgaben, soweit sie außerhalb der gegensätzlichen Klasseninteressen lagen, zu lösen: Die Wegräumung des Kriegsschuttes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die Wiederherstellung des Status von vor 1934, die Führung der Staatspolitik bis zur Konsolidierung der Klassenkräfte" (+).

Nun, daß nach der Wegräumung des Kriegsschuttes die konsolidierte Klassenmacht der Bourgeoisie zum Vorschein kam - das gerade

(+) "Ich darf nicht schweigen", Seite 7

nimmt Scharf selbst zum Ausgangspunkt seiner Opposition. Dieses tatsächliche Ergebnis einer dreijährigen Klassenzusammenarbeit, das von dem von vielen ehrlichen sozialistischen Arbeitern erhofften jedenfalls stark abweicht, ist die schlagendste Widerlegung jener "Theorie" von der zeitweiligen Zulässigkeit der Koalition zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der Scharf wie Hindels huldigen. Es gibt heute, in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus und der sozialistischen Revolution, keine politischen Aufgaben, die außerhalb der gegensätzlichen Interessen dieser Klassen liegen. Der unversöhnliche Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ist die einzige Lösung. Solange die Bourgeoisie die Produktionsmittel und die Staatsmacht besitzt, geht diese Lösung auf Kosten der breiten werktätigen Massen. Scharf lehnt die Koalitionspolitik nicht grundsätzlich ab und tritt folgerichtig auch für die "Demokratisierung des Staatsapparates" mittels der Infiltration von sozialistischen Beamten ein.

Aber während die Führer der SJ der sagenhaften "dritten Kraft" huldigen, macht Scharf der "Volksdemokratie" die Mauer. Die Sprecher der SJ sind labouristisch, Scharf ist stalinistisch orientiert. So ist Scharf z.B. der Ansicht, daß das gerade das Verdienst der so viel verleumdeten Volksdemokratien ist", wenn es die österreichische Bourgeoisie bisher nicht wagen konnte, Gewaltmittel gegen die Massen zu gebrauchen. Für Österreich hält er den "volksdemokratischen Weg zum Sozialismus aus geschichtlichen, geographischen und soziologischen Gegebenheiten" für nicht gangbar (+). Er ignoriert, daß sich das bonapartistische Regime der "Volksdemokratie" nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen die Massen richtet und daß dieser Terror gegen die Massen letzten Endes der vom internationalen Imperialismus gestützten Konterrevolution den Boden bereitet.

Vollkommen abgesehen von seinen subjektiven Wünschen, ist die Politik, die Scharf vorschlägt und selbst betreibt, objektiv pro-stalinistisch und bürokratisch. Manchmal verfällt er in einen typisch stalinbürokratischen Jargon. Im allgemeinen kennt er welt-politisch nur zwei Lager: die USA und die SU. Daß es außer der Wall-Street und dem Krenl noch eine wirkliche dritte Kraft, das Weltproletariat und die ausgebeuteten Kolonialmassen, gibt, übergeht es. Im wesentlichen fußt seine Politik trotz aller Worte nicht auf der revolutionären Kampfkraft der Massen, sondern auf bürokratischen Kombinationen und Manövern, welche eine Unterstützung durch die teilweise Mobilisierung der Massen in sich einschließen. Der Weg der tatsächlichen revolutionären Mobilisierung der ausgebeuteten Massen ist nicht sein Weg. Gerade das aber ist es, was die Massen erwarten, was die wirklich kritischen sozialistischen Arbeiter instinktiv erhoffen.

Die Stellung zur SU und zum Stalinismus - eine Kernfrage!

Die Linie Scharfs rollt eine Frage auf, die für die gesamte Arbeiterbewegung von eminenter Bedeutung ist und in der sich auch die SP-Oppositionenblößen: die Frage der Sowjetunion.

Scharf ist bereit, um der Errungenschaften der Oktoberrevolution willen das scheußliche Geschwür des Stalinismus "für den Osten" zu akzeptieren. Er billigt der "Volksdemokratischen" Politik in den Ländern des sowjetischen "Glacis" eine fortschrittliche Rolle zu. Er tritt für die "Verteidigung der SU" ein, was für ihn die Billigung des Stalinschen Regimes einschließt. Er knüpft dabei an den gesunden Klasseninstinkt vieler Arbeiter an, die sich bei der Wahl zwischen Ost und West" trotz aller Verbrechen des Stalinismus auf

(+) "Ich darf nicht schweigen", Seite 79 und "Der neue Vorwärts", Nr. 1 vom 5.12.1948

die Seite der SU stellen. Dort, wo Scharf die SU gegen den Imperialismus verteidigt, muß er unterstützt und dort, wo er der Parole "Wer die Russen kritisiert ist ein Feind der SU!" folgt, muß er bekämpft werden.

Hindels und Strasser wenden sich von der SU überhaupt ab, und schütten das Kind mit dem Bade aus und gelangen so praktisch auf die Linie der Schärf, Helmer & Co. Sie erklären sich mit diesen, die der Politik des anglo-amerikanischen Imperialismus z.B. in Griechenland die Mauer machen und faktisch in der Front der psychologisch-propagandistischen Kriegsvorbereitungen der Imperialisten stehen, einig. Objektiv gesehen arbeiten Strasser und Hindels dem Imperialismus und Scharf der Stalinbürokratie in die Hände.

Freilich hat Scharf noch nie von den Errungenschaften der Oktoberrevolution gesprochen. Und das ist kein Zufall. Für ihn gibt es keinen Unterschied zwischen der SU und ihrem derzeitigen Regime. Die revolutionäre Aufgabe besteht jedoch darin, durch den unabhängigen und konsequenten Klassenkampf des russischen wie des Weltproletariats solche Errungenschaften wie die Nationalisierung von Grund und Boden und sämtlicher industrieller Produktionsmittel; das Staatsmonopol des Außenhandels; odbeceťschädigungslose Enteignung des ausländischen Kapitals; die Tendenz zur wissenschaftlichen Planwirtschaft, gegen den Imperialismus und auch gegen die Stalinbürokratie zu verteidigen - denn diese ist heute innerhalb der Arbeiterbewegung das größte Hindernis für die Entfaltung der sozialistischen Weltrevolution und damit auch für die wahrhafte Verteidigung der Reste dieser revolutionären Errungenschaften. Die Verteidigung der SU in diesem Sinne ist Pflicht aller Arbeiter. Sie kann weder durch die Koalition mit der Bourgeoisie, durch den Burgfrieden mit dem Imperialismus - noch durch Billigung des Stalinismus, durch Billigung der Politik des Kremls und seiner Methoden erfolgen.

Wir wollen hier nicht weiter auf diese Frage eingehen, sondern verweisen auf die ausführlichen Thesen des zweiten Weltkongresses der IV. Internationale "Sowjetunion und Stalinismus". Ihr Studium würde gerade den ehrlich nach links wollenden sozialistischen Arbeitern vorwärts helfen!

Erwin Scharf und Pietro Nenni

Scharf verglich seine Politik mit der Pietro Nennis. Scharf propagiert ebenso wie Nenni die "Arbeitereinheit", als deren Übergangsformen im Kampfe gegen die faschistische Gefahr er sowohl die Einheitsfront als auch die "Volksfront" betrachtet. Als Ziel dieser Forderung erscheint ihm die Verschmelzung der SP und KP zu einer "marxistischen Einheitspartei". Nach seiner Ansicht sind die Sozialistischen Parteien der "volksdemokratischen" Länder nur scheinbar von den Stalinparteien verschluckt worden. Aber es muß kargestellt werden: Wenn Nenni noch nicht den letzten Schritt der verschiedenen Fierlinger getan hat, so liegt dem keine verschiedene Grundorientierung, sondern allein die Tatsache zugrunde, daß Nenni außerhalb der unmittelbaren Einflußzone der Kremlbürokratie wirkt. Die Fierlinger, Szakasits, Cyrankiewicz und Nenni unterscheiden sich politisch nicht in der Grundlinie, sondern nur taktisch voneinander. Scharf aber wirbt für diese politische Linie. Aber gerade hier werden die ehrlich den Weg nach links suchenden sozialistischen Arbeiter Scharf nicht folgen: sie wollen eine tatsächlich revolutionäre Politik, die den zeitweiligen gemeinsamen Kampf mit der KP beinhaltet. Aber sie wollen nicht die bürokratische Vereinigung von SP und KP, weil sie die Beseitigung des Morastes und nicht seine Vergrößerung wollen!

Wenn der Vergleich zwischen Scharf und Nenni auch zutrifft, so bestehen doch wichtige Unterschiede zwischen ihnen. Nenni konnte den Parteiapparat an sich reißen bevor er die Saragat & Co. aus der PSI stieß, Scharf hingegen konnte vom Parteiapparat als einzelner ausgeschlossen werden. Er hat noch keinen Apparat, der seine opportunistische Linie stützen könnte, Außerdem macht er in Österreich Politik, wo die Stalinpartei bei weitem nicht die überragende Rolle spielt wie in Italien. Dank der stalinbürokratischen Besatzungspolitik hat die übergroße Mehrzahl der österreichischen Arbeiter keine Sympathien für den Stalinismus (und leider auch für die SU) mehr. Dennoch stehen breite Arbeiterschichten Scharf teils mit aktiver Sympathie, teils mit wohlwollend-kritischem Interesse gegenüber, weil er einen verschärften Kampf gegen die Bourgeoisie propagiert und wenigstens die bösesten Auswüchse des Reformismus bekämpft. In diesem Sinne trägt seine Gruppierung wesentlich stärkere zentristische Züge als die SJ- oder die "Gewerkschafts-Opposition". Sie ist die ernsteste Opposition in der SPÖ seit 1945. Natürlich vergessen wir dabei nicht, daß in der Haltung Scharfs zum Massenkampf zwischen dem Frühjahr und dem Herbst 1948 ein großer und bedeutungsvoller Unterschied besteht: Am Schuharbeiterstreik ging er z.B. noch mit einer kraftlosen Reportage und einem Witz vorbei, an einer Lage also, die jeder ehrlich-proletarischen Gruppierung einen starken Auftrieb geben kann. Dennoch wird die Aktion Scharfs nicht nur objektiv zur Belebung des proletarischen Klassenkampfes beitragen, sondern auch unvermeidlich die programmatische Klärung in der österreichischen Arbeiterbewegung vorantreiben. Und das wird objektiv der wirkliche Fortschritt sein, den sie erbringen wird.

Die Frage der proletarischen Kampfeinheit

Die Frage der proletarischen Kampfeinheit gegen die Bourgeoisie ist für die Arbeiterklasse von größter Bedeutung. Während Scharf, trotz seiner Ausrichtung auf die Parteispitzen, der Kampfeinheit faktisch den Weg bahnt, ist die SJ-Führung in dieser Frage weit nach rechts abgerückt, wie wir schon gezeigt haben. Die proletarische Kampfeinheit, die sich erweitert bis zur formellen Einheitsfront zwischen SP/KP/Gewerkschaften ist unerlässlich. Sie hat nichts zu tun mit einer Kapitulation vor der Stalinbürokratie, mit einer Verschmelzung mit der Stalinpartei! Im Gegenteil: Sie wirkt sich letzten Endes gegen jede bürokratische Führung aus und wird in Wirklichkeit nur unter dem Druck der kämpfenden Arbeiter, gegen den Willen der SP- wie auch der KP-Bürokratie zustandekommen.

Proletarische Kampfeinheit, proletarische Einheitsfront haben ebensowenig gemein mit der stalinistischen Losung von der "Arbeitsereinheit" wie mit der Losung von der "Einheit der Arbeiterschaft innerhalb der SPÖ". Diese Losungen streben nichts anderes als ein bürokratisches Monopol in der Verführung des Proletariats an, allerdings mit verschiedenen Vorzeichen. Sie wollen nicht das Proletariat in seinem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie vereinen, sondern nur weiter spalten. Daher ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß alle ehrlichen SP-Oppositionellen, alle vorgeschrittenen Arbeiter für die Kampfeinheit mit den KP-Arbeitern und parteilosen Arbeitern gegen die Bourgeoisie eintreten, dabei aber jede bürokratische Bevormundung, sei sie nun terroristisch oder routiniert, entschieden ablehnen.

Der Weg nach vorwärts

Das entscheidendste Kriterium für alle oppositionellen Strömungen in der SP ist die Stellung zum Klassenfeind, zur Koalitionspolitik. Die Partei-"Linken" rechtfertigen die Koalition mit der ÖVP

seit 1945 mit der außenpolitischen Situation; Scharf rechtfertigt sie mit innenpolitischen Aufgaben. Czernetz antwortet ihm: "Weiß Scharf nicht, wer im April und Mai 1945 eine revolutionäre Lösung in Österreich, eine vollständige und endgültige Entmachtung der Bourgeoisie, eine umfassende Verstaatlichung und Sozialisierung verhindert hat?".

Damit hat Czernetz mehr gesagt als ihm lieb sein kann: Wann hat denn die SPÖ eine revolutionäre Lösung angestrebt? Sie begrüßte insgeheim doch nur die konterrevolutionäre Aktion der Stalinbürokratie und lebt auch heute von deren Politik. Was wir aber hier festhalten wollen, ist, daß Czernetz gestanden hat, daß 1945 eine neuerliche unausgenützte geschichtliche Chance für eine solche Lösung bestanden hat (+). Ein Vergleich der Lage von 1945 und 1948 ergibt eindeutig, daß sich die Kräfteverhältnisse zwischen Proletariat und Bourgeoisie in diesem Zeitraum zuungunsten der Arbeiterklasse verändert haben. Diese Wandlung hätte nur durch den unversöhnlichen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, durch die innige Verbindung dieses Kampfes mit den Kämpfen des internationalen Proletariats und der Kolonialmassen, durch die Verbrüderung mit den Soldaten aller Besatzungsarmeen im Geiste des proletarischen Internationalismus verhindert werden können.

Darüber können keinerlei Ausreden auf "außenpolitische Situationen" oder "gemeinsame innere Aufgaben" hinwegtäuschen. Die Stellung des Proletariats zur Koalitionspolitik ist eine grundsätzliche und keine taktische Frage. Das nächste politische Ziel der ehrlichen SP-Oppositionellen und aller vorgeschrittenen Arbeiter muß daher lauten:

BRUCH MIT DER ÖVP, MIT DER GESAMTEN BOURGEOISIE!

GRUNDSÄTZLICHER BRUCH MIT DER KOALITIONSPOLITIK!

Heuer sollen wieder Wahlen stattfinden und die SP bereitet sich auf die "Eroberung der Mehrheit vor. Während die Sprecher der "Linken" die Illusion eines "sozialistischen Österreich" nähren, ertönt von den Schärf, Helmer & Co. her der Ordnungspfeiff; "Nach den Wahlen keine Verstaatlichungen mehr!"; "Auch nach der Wahl Koalition mit der starken bürgerlichen Minderheit!". Der "Verhandlungsweg", die "Schicksalsgemeinschaft ÖVP/SPÖ" soll also ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Wahlen fortgesetzt werden. Wesentliche Änderungen in den Grundlagen der Macht, im Verhältnis der Klassenkräfte, am staatlichen Verwaltungs- und Machtapparat sollen nach dem Willen der Reformisten nicht durchgeführt werden. Daß uns aber weder eine absolute SP-Mehrheit im Parlament noch eine jahrzehntealte reine SP-Regierung, die sich auf eine solche stützt, keinen Schritt dem Sozialismus näher bringt, das hat die skandinavische Sozialdemokratie bewiesen. Einen solchen Erfolg kann nur eine von der Bourgeoisie unabhängige Regierung, die bereit ist, über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinauszugehen, erzielen.

Es ist die Pflicht aller ehrlichen Linken in der SP und aller vorgeschrittenen Arbeiter zu fordern, daß sich - angesichts der durch die Klassenzusammenarbeit seit 1945 bewirkten verhältnismäßigen Schwächung der Kräfte der Arbeiterklasse - die Politik von SP, KP und ÖGB nun nicht mehr weiter auf das Parlament, sondern auf Betriebsarbeiterkonferenzen, auf demokratisch gewählte Fabrikkomitees und Ausschüsse der Landerbeiter und armen Bauern stützt; daß alle Parteien und Organisationen, die sich auf die Arbeiter stützen und in ihrem Namen sprechen, mit der Praxis der Verhandlungen im Parlament oder hinter seinen Kulissen brechen und sie durch die außerparlamentarische Aktion der Massen ersetzen; daß bei einer Wiederbelebung des proletarischen Klassenkampfes und jedenfalls nach einem eventuellen Wahlsieg der SP die gegenwärtig-

(+) Vergleiche hierzu "Um die Reinheit der Partei", Seite 16/17

ge Koalitionsregierung gestürzt und durch eine auf die Organe und Aktionen der Massen gestützte und aus Vertretern von SP, KP und ÖGB zusammengesetzte Regierung ersetzt wird. Die zweite Forderung aller wirklichen Linken muß daher lauten:

VORWÄRTS ZUR KAPITALISTENFREIEN REGIERUNG!!

Eine solche Politik gegenüber der Bourgeoisie wird von vornherein auf die erbitterte Gegnerschaft aller Reformisten stoßen. Sie werden jeden Schritt in dieser Richtung mit allen Mitteln der Routine, Korruption, Verleumdung, des Terrors bekämpfen. Um diesen bürokratischen Methoden standhalten zu können, ist es notwendig, daß sich die vorhandenen ehrlich-linken Strömungen

ZU FESTEN UND DISZIPLINIERTEN GRUPPEN ORGANISIEREN!

Dabei müssen sie sowohl gegen bürokratische Repressalien als auch für ihre eigene Aktionsfähigkeit Vorsorge treffen. Sie dürfen sich nicht auf die Parteidemokratie verlassen und müssen auch dem Besatzungsregime Rechnung tragen. Sie müssen ihr offenes Auftreten mit konspirativer Arbeit zweckmäßig kombinieren.

Die Aktion der so gefestigten Gruppierungen kann nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn ihr ein konkretes Aktionsprogramm zugrundeliegt. Dieses muß an die Tageskämpfe und Tagesinteressen der werktätigen Massen anknüpfen und auf die oben erläuterten Lösungen ausgerichtet sein. Auf die Dauer kann aber der Erfolg nur dann gesichert werden, wenn sich alle diese Gruppierungen darüber klar werden, daß die SP nicht mehr zu gesunden ist, daß alle diese Kämpfe nur dann zum Ziel führen, wenn gleichzeitig der Kampf für die neue proletarische, von jedem Opportunismus freie Klassenpartei geführt wird.

Diese Gruppierungen müssen daher schließlich dazu übergehen, das Übergangsprogramm und die übrigen programmatischen Dokumente der IV. Internationale zu studieren, mit ihren eigenen praktischen Erfahrungen zu vergleichen und dem Reformismus wie Stalinismus gegenüberzustellen. Je früher sie sich von der Notwendigkeit dieser Arbeit überzeugen und diese Erkenntnis in die Tat umsetzen - desto besser, denn der Schlüssel zum entscheidenden Fortschritt der Arbeiterbewegung, zum revolutionären Erfolg des Proletariats liegt letzten Endes bei der programmatischen Klärung seiner Avantgarde! - 13.1.49

-x-

=====

Eine notwendige Abgrenzung. In der letzten Nummer "Der Spartakist", Okt./Nov. 48, brachten wir anlässlich des zehnten Gründungstages der IV. Internationale einen Artikel von Leo Trotzki: "Ein großer Erfolg". Eine Kommentierung des politischen Inhalts der Arbeit erübrigt sich, sie spricht für sich selbst. Mit Ausnahme eines einzigen Punktes, das ist die Frage des Eintritts von trotzkistischen Organisationen in "sozialistische" Parteien (Seite 4, oben). Hier steht Trotzki im Gegensatz zu unserer Organisationslinie. Die letzte Konferenz der IKÖ (Dezember 46) beschloß, daß sie den Totaleintritt als eine Verletzung des Prinzips der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Klassenpartei, Klassenorganisation ansehe und daher ablehne. - Ohne auf die Einzelheiten, die Trotzki im Zusammenhang mit dem Totaleintritt in die SP berührt, einzugehen, grenzen wir uns in dieser Frage von ihm und denen, die seine Ansicht teilen, prinzipiell ab und verweisen auf unsere Resolution vom Dez. 46 ("Der Spartakist" Nr. 14/15, Dez. 46/Jan. 47). - Diese Abgrenzung wurde in der letzten Nummer unseres Organs aus einem technischen Versehen unterlassen, so daß es notwendig war, sie erst in dieser Nummer nachzuholen. - Die Red.

=====

ZUR INTERNATIONALEN LAGE
=====

Zwei Ereignisse der letzten Wochen sind es insbesondere, die uns die Politik des Weltimperialismus, besonders des USA-Imperialismus, klar zeigen: ^{der} Zusammenbruch des Tschangkaischek-Regimes in China und der Überfall des holländischen Imperialismus auf Indonesien.

I.

Das Tschangkaischek-Regime, vor zwanzig Jahren aufgerichtet, liegt heute, von den "kommunistischen" Armeen geschlagen, in den letzten Zügen. Die chinesische Bourgeoisie versucht nun, durch Vorschieben ihres "linken" Flügels, des "revolutionären" Teiles der Koumintang (der chinesischen "Volkspartei"), eine Wendung "nach links" durchzuführen. Dabei scheint sie auf größtes Verständnis bei ~~der~~ KPCH zu stoßen.

Es ist lehrreich, die Stalinpresse in dieser Hinsicht zu studieren: schrieb sie gestern noch von "kommunistischen" Armeen, so hat sie sie über Nacht in - "demokratische" Armeen verwandelt!

Die "Kommunisten", d.h. die chinesische Stalinpartei, ist durchaus bereit, mit dem "liberalen" Teil der Bourgeoisie zusammenzugeben. (Erinnern wir uns: vor mehr als 20 Jahren erklärten Stalin und Bucharin, Tschangkaischek sei ein durchaus verlässlicher Bundesgenosse!) Die "Volksfront", d.h. das Bündnis mit ~~dem~~ "demokratischen" Teil der Bourgeoisie, der sich außenpolitisch nach dem Kraml orientiert: das ist das Ziel der "kommunistischen" Partei Chinas, deren militärischem Instrument, der "kommunistischen" Armeen. Deshalb werden letzterer jetzt zu "demokratischen" Armeen! Um die Massen zu ködern, wurden sie ihnen als "kommunistisch" hingestellt, jetzt, wo es gilt, die Bourgeoisie zu besänftigen, werden sie "demokratische" verwandelt.

In China steht geschichtlich längst die proletarische Diktatur auf der Tagesordnung. Die Stalinsche Verratspolitik von 1926/27, die den Repräsentanten der chinesischen Bourgeoisie, Tschangkaischek, zum "verlässlichen Verbündeten" erklärte und in den Sattel half, hat so die chinesische Revolution in den Abgrund der Niederlage geführt, die durch das ultralinke Kantoner Abenteuer besiegelt wurde. Stalin ist sich im Verrat treu geblieben: heute verrät er neuerlich die proletarische Revolution und liefert das chinesische Proletariat der "liberalen" Bourgeoisie aus - den Tschangkaischeks von morgen. Worum es ihm in China - wie überall - geht, ist die Errichtung eines Regimes, das sich außenpolitisch nach dem Kraml orientiert, mag auch das Proletariat, wie in China, der Bourgeoisie unterworfen bleiben. Er ordnet so die Interessen der privilegiengierigen Kremlbürokratie den Interessen der Weltrevolution, die in China ebenso den revolutionären Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat erfordert, über.

Wie reagiert nun der Weltimperialismus auf die Stalinsche Politik? Durchaus nüchtern und zielbewußt. Der USA-Imperialismus schwankte einige Zeit zwischen verstärkter Unterstützung des Tschangkaischek-Regimes und seiner Preisgabe. Jetzt hat er sich entschieden: er rät der chinesischen Bourgeoisie zum Übereinkommen mit den "kommunistischen" Armeen! Frau Tschangkaischek war vergeblich in Washington: der USA-Imperialismus setzt seine Hoffnung - auf die Stalinpolitik! Sicherlich nicht gern, aber bei der gegebenen Lage das kleinere Übel. Die Imperialisten sind nüchterne Rechner. Washington hat der chinesischen Bourgeoisie geraten, mit den "Kommunisten" zu verhandeln, die "Volksfront" zu stabilisieren, weil es momentan seine Hilfe nicht derart verstärken kann,

um Tschangkaischek zu retten. Dafür aber rettet der USA-Imperialismus - die chinesische Bourgeoisie, ihre Herrschaft, die unter dem Deckmantel des "Volksfront"regimes, des Bündnisses der "liberalen" Kuomintangleute mit den "Kommunisten", lies: Stalinisten, aufrechterhalten bleibt. Die Bourgeoisie muß schlimmstenfalls einige Reformen akzeptieren, die aber, von der Bourgeoisie durchgeführt, nur ihr Regime stärken werden, wie z.B. die Entmachtung des Großgrundbesitzes.

Der USA-Imperialismus tritt also in China heute einen Rückzug an, sicherlich nicht gern, aber er kann nicht anders. Marshall begründete das ungefähr mit den Worten: "Wir können nicht überall in der Welt sein; den Vorrang hat Europa". Das ist bemerkenswert. Was steckt hinter dieser Politik der USA, die Tschangkaischek fallen läßt, der chinesischen Bourgeoisie zur "Volksfront" mit Stalin rät, weil Europa "den Vorrang" habe?

Viele Milliarden Dollar haben die amerikanischen Kapitalisten nach China hineingepumpt wie in ein bodenloses Faß. Vergeblich: das verfaulte Tschangkaischek-Regime sackte dennoch zusammen. Es zu retten, hätte es neuer und verzehnfacher Dollarmilliarden bedurft. Aber die will der USA-Imperialismus nun anders verwenden: für die kapitalistische Stärkung Westeuropas, für die Aufrüstung.

Eine weitere Überlegung der amerikanischen Imperialisten mag sein: China wird dem Kreml genau so viele "Sorgen" machen, wie bisher den USA. China mit seiner relativ schwachen Industrie bleibt auf die amerikanische Einfuhr angewiesen. Daren kann auch der K Kreml nichts ändern: Rußland ist außerstande, China mit Industrieartikeln zu versorgen. Im Gegenteil: es benötigt sie selbst. Ökonomisch behält also der USA-Kapitalismus - trotz zeitweiligen Rückzugs, zeitweiliger Verluste - seine Hände im Spiel.

Andererseits bedeutet sicherlich der Fall des Tschangkaischek-Regimes eine Schwächung der imperialistischen Position in China. England vor allem ist an seiner Ausräuberung seit jeher am stärksten beteiligt. Aber der USA-Imperialismus hat nichts gegen eine gewisse Schwächung der Position des englischen in China: sie zwingt ihn nur noch mehr an seine Seite, unter seine Hegemonie.

Der Kernpunkt von Marshalls Begründung aber ist: "Europa hat den Vorrang", d.h. für den USA-Imperialismus ist die Behauptung Westeuropas wichtiger als die Chinas. Was heißt das? Die Erklärung Marshalls zeigt am deutlichsten, wohin der USA-Imperialismus eigentlich zielt. Europa, Westeuropa besonders, ist hochindustrialisiert. Die Einbeziehung weiterer Teile Europas - Mitteleuropas und Westeuropas - in die Machtsphäre des Kreml (in Form der Aufrichtung neuer "volksdemokratischer" Regimes) würde in kurzer Zeit, jedenfalls in unvergleichlich kürzerer Frist als in China, die industrielle Stärke Rußlands vervielfachen, außerdem aber eine hochqualifizierte Arbeiterschaft unter die Macht der Kremlbürokratie bringen. Das vor allem will der USA-Imperialismus verhindern, weil es, trotz der politischen Schwierigkeiten, die eine weitere Expansion dem Kreml selbst in Europa einbrächte, sein militärisches Potential bedeutend verstärken würde.

Ferner: das Vordringen des Kreml nach Westeuropa würde die Befreiungsbewegung in den Kolonien zweifellos verstärken. Nicht etwa deshalb, weil der Kreml konsequent für das volle Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Kolonialvölker eintritt (vergangen wir nicht, daß z.B. die französische Stalinpartei vor zwei Jahren noch für die "Französische Union", d.h. das Verbleiben der französischen Kolonien unter der Herrschaft des französischen Kapitalismus aufgetreten ist!), sondern weil durch die politischen Erschütterungen in Europa, in den "Mutterländern" allein schon die Bewegung der unterdrückten Kolonialmassen vorangetrieben würde.

Schließlich mag noch die militärisch-strategische Überlegung für den amerikanischen Imperialismus maßgebend dafür sein, daß er "Europa" den Vorrang vor China gibt: um Rußland erfolgreich angreifen zu können, muß es von Europa aus aufgerollt werden, muß also verhindert werden, daß Westeuropa, einschließlich Westdeutschlands, zu einer Position der Kremlbürokratie wird. Von Beginn des geplanten Krieges an muß sich der USA-Imperialismus auf eine sichere europäische Basis stützen können, um seinen Angriff gegen Rußland vorzutragen.

Dies mögen die Hauptüberlegungen gewesen sein, die den USA-Imperialismus dahin führten, Tschangkaischek aufzugeben und der chinesischen Bourgeoisie zu einer "Verständigung" mit den "Kommunisten" zu raten. Letzten Endes entspringt aber diese Taktik des USA-Imperialismus einem grundlegenden Umstand: er ist für einen sofortigen Krieg gegen Rußland heute noch nicht "fertig". Er sucht Zeit zu gewinnen. Der Ausbau des Atlantikpaktes, die Vollendung der Aufrüstung, die Restauration des westeuropäischen Kapitalismus durch den Marshall-"Plan" - das sind die nächsten Ziele des USA-Imperialismus. Sein übernächstes ist die Zerstörung Sowjetrußlands. Bei dieser Rechnung hat "Europa den Vorrang" - als Sprungbrett für den Krieg. Das ist die eigentliche Ursache für den heutigen Rückzug der USA in China.

II.

Der als "Polizeiaktion" getarnte Raubangriff des holländischen Imperialismus gegen die indonesische Republik, deren Entstehen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges zu verhindern er zu schwach war, ist das jüngste Ereignis von internationaler Bedeutung, das uns die Gruppierung der Imperialisten und die Politik des USA-Imperialismus näher zu erkennen ermöglicht.

Nach monatelangen Vorbereitungen hat das "biedere" Holland überraschend seine Raubaktion gestartet, deren Ziel die Zerstörung der indonesischen Republik und ihre Annexion, d.h. Versklavung durch den holländischen Imperialismus ist. Es ist sicher, daß die Raubaktion, ihr heutiger Start in engem Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Tschangkaischek-Regimes in China steht. Der holländische Imperialismus befürchtet mit Recht, daß selbst ein "Volksfront"-China eine Stärkung der Befreiungsbewegung in den Kolonien hervorrufen wird. Die gleiche Befürchtung hegt vor allem aber der englische Imperialismus, dessen "sozialistische" Regierung in Wahrheit hinter der holländischen Raubaktion steht. Gleich den holländischen Kolonialräubern bangt der englische Imperialismus um die Aufrechterhaltung der Reste seiner kolonialen Herrschaft in diesen Gebieten Asiens. Er führt selbst einen blutigen Raubkrieg in Malaya. Er stand, als mit Kriegsende der Aufstand in Indonesien aufflammte, den Mynheers bei, ihren Raub zu verteidigen.

Aber schon damals mengte sich der USA-Imperialismus ein und England wie Holland mußten sich seinem "Wunsche" fügen. Die Schaffung der bürgerlichen indonesischen Republik war Ergebnis, das die Ausständischen auf Java und Sumatra erzielten. Die indonesische Bourgeoisie wandte sich, als kaum die Republik errichtet war, scharf gegen die einheimischen Stalinisten, die kein anderes Ziel verfolgten, als ebenfalls die Errichtung der bürgerlichen Republik, welchen Ziel ja die "Volksfront" mit der aufständischen einheimischen Bourgeoisie gedient hatte. Aber sie hofften, in dieser Republik etwas mitreden zu dürfen. Das war aber eine eitle Hoffnung gewesen: kaum war die Bourgeoisie oben, als sie sich gegen die "Kommunisten" wandte (- so wie vor 20 Jahren Tschangkaischek in China - und so wie es morgen den Stalinisten neuerlich ergehen wird!)

Das Ziel des amerikanischen Imperialismus war also damals schon: die Schwächung der kolonialen Positionen Englands, Hollands usw.; die Unterstützung der einheimischen Bourgeoisien in diesen Gebieten gegen die alten Kolonialmächte - und schließlich - nach gehöriger Ausnutzung - die Ausschaltung der Stalinparteien, die in allen diesen Kolonialkämpfen (Indonesien, Indochina) mit den einheimischen Bourgeoisien "Volksfronten" geschlossen, oft sogar die Stalinpartei aufgelöst und mit der bürgerlichen Partei verschmolzen hatten (Stalins Rezept von 1926 in China!)

Die Schwächung der anderen Imperialisten - das ist auch heute das Ziel des USA-Imperialismus. Im "Sicherheits"rat führt er das große Wort gegen die holländische Raubaktion, ihm folgt dabei Australien, das sich hier nicht der Politik des "Mutterlandes", sondern der USA anschließt, weil es auf dessen Macht angewiesen ist, bzw. ihr ausgeliefert ist.

Dem "Wunsch" des USA-Imperialismus mußten sich England und Frankreich im "Sicherheits"rat "anschließen" - obwohl beide daran interessiert sind, daß die holländische Raubaktion gelingt, weil sie davon eine Stärkung ihrer eigenen Räuberpositionen erwarten. Der USA-Imperialismus will also nichts anderes, als die Schwächung der kolonialen Positionen Englands usw., die Errichtung bürgerlicher Republiken (meist mit einer Militärclique an der Spitze), die auf die Protektion des USA-Imperialismus, seine Unterstützung gegen die alten Kolonialmächte angewiesen sind, für das amerikanische Finanzkapital neue Anlagegebiete, neue Märkte darstellen, die er nun beherrscht. Dabei bleiben die eingeborenen Massen weiterhin unterdrückt. Die Stalinpartei, die "Volksfront"-Verbündete von gestern, wird für ihre Dienste mit einem Fußtritt belohnt.

Das ist das Geheimnis der "humanen" Politik des USA-Imperialismus in den Kolonien. Dieser Politik sucht er im "Sicherheits"rat den Weg zu bahnen. Wenn sich auch England und Frankreich formell ihr anschließen - sie schieben im Hintergrund dennoch für die holländischen Räuber (so wie ja auch aus USA Waffenlieferungen nach Holland gehen), Freilich: die Forderung Indonesiens auf Rücknahme der holländischen Truppen in ihre Ausgangsstellungen hat der "Sicherheits"rat abgelehnt - einschließlich der USA. Die Räuber tun also einander nicht zu weh; das imperialistische Gesamtinteresse dominiert und der USA-Imperialismus sucht, gestützt auf seine Macht, seine Räuberinteressen innerhalb des Rahmens der gesamt-imperialistischen Interessen durchzusetzen. Um auf Holland zu drücken, hat Washington übrigens die Marshall-"Hilfe" für Holländisch-Indien suspendiert.

III.

Reynand, der gewiegte Agent des französischen Finanzkapitals, hat unlängst gemeint: in zwei Jahren werde sich alles "friedlich" lösen lassen. Dann sei nämlich die amerikanische Aufrüstung abgeschlossen und Sowjetrußland werde klein beigegeben müssen. Der alte Fuchs hat damit auch das Geheimnis der heutigen Politik des USA-Imperialismus ausgeplaudert: Zeit gewinnen, die entscheidenden Positionen (vor allem in Europa) behaupten; ein Weltbündnissystem gegen Rußland schaffen; die Aufrüstung beenden - und dann Sowjetrußland zwingen, sich den imperialistischen Räubern zu fügen - oder den Krieg zu riskieren.

Die Stalinbürokratie setzt dem ihre "Kominform"-Politik entgegen, die in Europa darauf hinausläuft, durch Verschärfung des Tageskampfes die einzelnen Bourgeoisien zu erschrecken und zur Rückkehr zur "Volksfront" zu bewegen. In den Kolonien läuft die Kominformpolitik darauf hinaus, die Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus zu unterstützen bei gleichzeitiger Preisgabe der Kolonialmassen an die kolonialen Bourgeoisien. In beiden Fällen,

in Europa wie in den Kolonien, sucht also die Kremlbürokratie auf die Weltbourgeoisie zu drücken, sie zu einem Kompromiß zu zwingen - nicht aber, ihren revolutionären Sturz herbeizuführen, die proletarische Revolution zu organisieren, die, in Europa wie in den Kolonien (wo sie sich mit den Aufgaben der Befreiung vom imperialistischen Joch, mit der Agrarrevolution kombiniert, die beide nur das Proletariat konsequent durchzuführen vermag) auf der geschichtlichen Tagesordnung steht. Dieser ununterbrochene Verrat des Kreml an der internationalen Revolution ist zugleich der größte Verrat an Sowjetrußland, seiner Behauptung gegen den Weltimperialismus selbst.

Die Politik der internationalen proletarischen Revolution vertritt konsequent nur die IV. Internationale, in Europa wie in den Kolonien. "Die revolutionäre Eroberung der Macht durch das Proletariat ist somit das einzige strategische Ziel der IV. Internationale in den Kolonialländern wie in den Mutterländern. Mangels dieser Eroberung oder der internationalen Ausbreitung der Revolution, die sie nach ~~sicherziehen~~ würde, bemächtigen sich die verschiedenen bürgerlichen (Indien), kleinbürgerlichen (Indonesien) oder stalinistischen (Viet-Nam) Cliguen der Führung der Bewegung. Sie sind gezwungen, die revolutionäre Energie der Massen zu ~~brennen~~ und können die kolonialen Revolutionen nur in die Sachgasse der ohnmächtigen Guerillas führen, abwechselnd mit faulen Kompromissen mit dem Imperialismus". (Manifest des zweiten Weltkongresses der IV. Internationale).

Weder der Stalinismus, wie wir zeigten, noch die "sozialistischen" Parteien sind imstande, diese einzig revolutionäre Politik zu führen. Der Stalinismus führt dorthin, was die letzten der oben angeführten Sätze besagen. Die SP geht mit den Imperialisten; siehe die SP Hollands, die glatt den Raubkrieg billigt (was die "A-Z." ohne ein Wort des Kommentars hinnimmt). Wie die "A.-Z.", das Organ der SPÖ, übrigens über den Befreiungskampf der Kolonialmassen denkt, zeigt ihr Artikel vom 25.12.48, in dem sie die Verbrechen des englischen Räubers in Malaya glatt deckt, aber von "kommunistischen Banden" und "terrorisierten Grundbesitzern" spricht. Diese Schamlosigkeit bedarf wahrlich keines Kommentars.

IV.

Der neuerliche Raubkrieg des holländischen Imperialismus hat zu Bewegungen des holländischen sowie des australischen Proletariats geführt. Die Stalinpartei tritt gegen den Raubkrieg auf. Jeden kleinsten praktischen Schritt des Proletariats gegen den räuberischen Kolonialkrieg unterstützt die IV. Internationale, ja, sie erhebt als erste ihre Stimme, steht an der Spitze dieses Kampfes. Sie steht in diesem Kampfe in praktischer Einheitsfront mit der Stalinpartei. Aber sie weist ununterbrochen, auch während der gemeinsamen Aktion, das Proletariat darauf hin, daß nur der konsequente unversöhnliche proletarische Klassenkampf, gesteigert bis zum revolutionären Sturz der eigenen Bourgeoisie, imstande ist, das Proletariat zu befreien und auch den unterdrückten Kolonialmassen tatsächlich zu helfen. Sie sucht den Kampf, den die Stalinpartei bloß als Druckmittel für die "Volksfront" führt, vorwärts zu treiben bis zum revolutionären Kampf gegen die eigene Bourgeoisie. Den gleichen Standpunkt vertritt die IV. Internationale in den Kolonien wie in China: Konsequenter Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung, aber gleichzeitig Kampf gegen jede Unterordnung des kolonialen Proletariats unter die einheimische Bourgeoisie, gegen den "Volksfront"-Betrug, Kampf für die proletarische Revolution, die allein die Befreiung vom Joch der auswärtigen wie der einheimischen Bourgeoisie erringen kann.

Die Ereignisse in China wie in Indonesien machen diese revolutionäre Politik aktueller denn je. Jeder Schritt vorwärts in ihrer Richtung durchkreuzt die Raubzüge der Imperialisten, vor allem die des USA-Imperialismus, in den Kolonien, ihre Zerstörungspläne gegen die Sowjetunion. Der Zusammenbruch des Tschangkaischek-Regimes in China, der Raubangriff des holländischen Imperialismus in Indonesien lehren: der Weltimperialismus kracht in den Fugen. Seine Stabilität ist äußerst relativ, wird jeden Augenblick neu bedroht. So eröffnet er immer wieder objektiv neue Chancen für den Sieg der Revolution. - 5.1.49

+

Der vorliegende Artikel war bereits beendet, als die Nachricht vom Rücktritt Marshalls kam. Bedeutet der Rücktritt Marshalls und seines Stellvertreters eine Änderung des oben skizzierten außenpolitischen Kurses des USA-Imperialismus? Die offiziellen Erklärungen der amerikanischen Imperialismus behaupten, daß sich nichts ändern wird. Doch sind in diesem Zusammenhang zwei schon einigemal wiederholte Erklärungen Trumans von Bedeutung. Die erste behauptet, daß es in der Krenclique zu einer Spaltung gekommen sei. Es existiere eine Kriegsfraktion und eine Fraktion, die zum "Ausgleich" mit dem amerikanischen Imperialismus neige. Zur letzteren soll Stalin gehören. Die zweite Erklärung Trumans besagt, daß die amerikanische Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten habe und daß für 1949 mit einem starken Rückgang der Produktion und mit Arbeitslosigkeit zu rechnen sei.

Hat nun die geänderte Lage (Krise, Stalins Verhandlungsbereitschaft) Washington bewogen, eine Änderung des außenpolitischen Kurses vorzubereiten? Diese Fragen eindeutig zu beantworten, ist heute noch nicht möglich. Wenn es auch sicher ist, daß sich an der außenpolitischen Grundlinie des USA-Imperialismus (Organisation der allimperialistischen Einheitsfront unter seiner Führung gegen die SU) nichts geändert hat, so beweisen dennoch die letzten Nachrichten, daß die von Marshall durchgeführte Linie des "kalten Krieges", die schnurstracks zum Krieg zu führen schien, dem USA-Imperialismus in der gegenwärtigen Phase zu riskant ist und einer Linie des Lavierens Platz machen muß. Und Stalin dürfte ~~Kürer~~ dem USA-Imperialismus auf halbem Wege entgegenkommen. Auch ~~Kürrihn~~ ist der Krieg zu riskant und er rechnet, daß die Krise die Imperialisten entscheidend schwächen wird.

Bei einer vollen Bestätigung dieser sich anzeigenden Wendung in der Weltlage ergäbe sich eine wichtige Atempause für die IV. Internationale. Eine neuerliche Wendung Stalins kann unter Umständen sogar zur Spaltung innerhalb der Stalinclique führen, die Massen noch mehr als bisher vom Stalinismus desillusionieren. Bei gleichzeitiger Fortsetzung des Verrates der SP, wird sich die revolutionäre Perspektive als die einzig mögliche erweisen. Daß Imperialismus und Stalinclique dem Kriege ausweichen wollen, ist ein deutliches Zeichen ihrer Schwäche, aber auch ein deutliches Zeichen dafür, wie stark die Massen noch sind, welche Furcht sie den Machthabern im Kreml und den Truman & Co. einzujagen imstande sind. - 13.1.49